Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten von Mitarbeitern

Gemäß den Rechtsvorschriften zum Schutz personenbezogener Daten (Verordnung (EU) 2016/679, im Folgenden "DSGVO") und im Einklang mit dem Grundsatz der Transparenz werden die folgenden allgemeinen Informationen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der Begründung und Verwaltung des Beschäftigungsverhältnisses bereitgestellt.

Für die Verarbeitung Verantwortlicher

Der Inhaber der Datenverarbeitung ist A.I.E.D. BOLZANO A.P.S. Sezione Andreina Emeri (im Folgenden Beratungsstelle genannt) mit Sitz in Corso Italia 13/m, I-39100 Bozen (BZ), P.IVA / C.F. 00397080219. Die Beratungsstelle ist unter der Telefonnummer +39 0471 979399, unter der E-Mail-Adresse consultorioaiedbz@pec.it (nur für den Empfang von zertifizierte E-Mails) und unter der E-Mail-Adresse info@aiedbz.it erreichbar.

Datenschutzbeauftragter (DSB)

Die Beratungsstelle hat DEF-CON di Cittadino Luca zum Datenschutzbeauftragten (DSB) ernannt. Für jegliche Kommunikation mit dem Datenschutzbeauftragten (DSB) können Sie sich an die Kontaktperson von DEF-CON, Herrn Luca Cittadino, wenden, und zwar unter folgenden Kontaktdaten

- E-Mail: dpo.aiedbz@def-con.it
- E-Mail: info@pec.def-con.it (diese Adresse ist so konfiguriert, dass sie NUR Mitteilungen per zertifizierter E-Mail empfängt)

Zweck, Rechtsgrundlage der Verarbeitung und Art der verarbeiteten Daten

Für die Verwaltung des Arbeitsvertrags und aller damit zusammenhängenden Aspekte (Arbeitsrecht, Steuern, Sozialversicherung, Versicherung, Organisation usw.) werden personenbezogene Daten über Sie oder, soweit unerlässlich, über Ihre Familienangehörigen erhoben und verarbeitet.

Die Verarbeitung dieser Daten erfolgt:

- unter Einhaltung der geltenden sektoralen Vorschriften;
- unter Beachtung der gesetzlichen, wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen in Bezug der Arbeitnehmer;
- unter Beachtung der Bestimmungen der Kollektivverträge.

Die Verarbeitung der Daten unterliegt nicht der Zustimmung, da sie erforderlich ist für

- die Durchführung vorvertraglicher oder vertraglicher Maßnahmen, an denen Sie beteiligt sind (Art. 6 Abs. 1 Buchst. b) DSGVO) oder zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) DSGVO). Nachstehend einige Beispiele (beispielhaft, aber nicht ausschließlich): Verwaltung von Auswahl- und Beurteilungsverfahren, Erfassung der Anwesenheit, Berechnung und Auszahlung von Gehältern, Gewährung von Urlaub, Erwartungen, Ferien, Gesundheits- und Sicherheitsvorkehrungen für Arbeitnehmer, Verwaltung von Qualifizierungsverfahren, Fortbildungskursen, Schulungen und beruflicher Weiterbildung, zur Befolgung von Anordnungen oder Maßnahmen der Justizbehörden, der Finanzverwaltung, der Sozialversicherungs- und Wohlfahrtseinrichtungen - einschließlich der Zusatzeinrichtungen - und der Versicherungsträger, zur Abrechnung und Auszahlung von Abfertigung und damit zusammenhängenden Vorschüssen, zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechten vor Gericht und zur Erfüllung von gesetzlichen Verpflichtungen;
    - die Verfolgung des berechtigten Interesses des für die Verarbeitung Verantwortlichen (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der Datenschutz-Grundverordnung), um die Sicherheit der IT-Infrastruktur des für die Verarbeitung Verantwortlichen zu gewährleisten, die ordnungsgemäße Nutzung der IT-Tools gemäß Artikel 4 des Arbeitnehmerstatuts zu überprüfen, um die zwischenmenschlichen Beziehungen zu Arbeitszwecken, den

Informations- und Wissensaustausch zwischen Kollegen zu fördern und gleichzeitig die Datensicherheit zu gewährleisten;

Es werden jene Daten, die für die Begründung des Arbeitsverhältnisses erforderlich sind erhoben, darunter unter anderem:

- persönliche Daten (Vorname, Nachname, Steuernummer usw.);
- Kontaktdaten (Telefon, E-Mail, Adresse, usw.);
- Kontonummer.

Im Rahmen der Erfüllung spezifischer Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis können auch Daten erhoben und verarbeitet werden, die unter die "besonderen Kategorien" gemäß Artikel 9 Absatz 1 der DSGVO fallen (früher "sensible Daten").

Die Verarbeitung solcher Daten erfolgt gemäß Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b der DSGVO, soweit sie "zur Erfüllung von Pflichten und zur Ausübung von Rechten im Bereich der sozialen Sicherheit, des sozialen Schutzes und des Arbeitsrechts erforderlich" ist. Insbesondere können Daten, die Aufschluss geben können, verarbeitet werden:

- den Gesundheitszustand (z. B. und nicht ausschließlich Unterlagen über eine eventuelle obligatorische Arbeitsaufnahme und damit über eine Behinderung, Bescheinigungen über Abwesenheiten wegen Krankheit, Mutterschaft, Unfall und Daten über die Eignung/Ungeeignetheit für bestimmte Tätigkeiten)
- Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft (z. B., aber nicht ausschließlich, Mitgliedschaft in Gewerkschaftsbüros, Antrag auf Abzug von Gewerkschaftsbeiträgen)
- Mitgliedschaft in einer politischen Partei (z. B. Antrag auf Beurlaubung oder Freistellung für öffentliche Wahlämter, bezahlte Abwesenheit für die Ausübung des Amtes eines Listenvertreters)
- religiöse Überzeugungen (z. B., aber nicht ausschließlich, der Antrag auf die gesetzlich vorgesehene Inanspruchnahme religiöser Feiertage).

Im Rahmen der Erfüllung bestimmter Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis können auch Daten über etwaige strafrechtliche Verurteilungen und/oder Straftaten verarbeitet werden.

Datenquelle und Verarbeitungsmethoden:

Personenbezogene Daten werden bei Ihnen erhoben. Die Daten werden mit Hilfe von manuellen, papiergestützten, computergestützten und elektronischen Instrumenten verarbeitet, die für die Verwaltung, Speicherung und Übermittlung der Daten geeignet sind und in jedem Fall die Sicherheit und Vertraulichkeit gewährleisten.

Die verarbeiteten Daten werden auf rechtmäßige Weise und nach Treu und Glauben verarbeitet; sie werden für bestimmte, eindeutige und rechtmäßige Zwecke erhoben und gespeichert und in anderen Verarbeitungsvorgängen verwendet.

Folgen im Falle der Verweigerung der Datenbereitstellung

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für die Durchführung der Tätigkeiten zur Verfolgung der unter den oben genannten Punkten genannten Zwecke unerlässlich. Die Nichtbereitstellung der Daten kann dazu führen, dass das Vertragsverhältnis nicht begründet oder fortgesetzt werden kann.

Ort der Speicherung, externe Verarbeiter und Umfang der Datenübermittlung

Innerhalb der Struktur des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen können autorisierte und ernannte Mitarbeiter und Angestellte im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgaben unter der Verantwortung

des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen (Data Controller) zu den oben genannten Zwecken auf die Daten zugreifen.

Erforderlichenfalls und zu den oben genannten Zwecken können bestimmte, unbedingt erforderliche Daten an externe Parteien übermittelt und von diesen verarbeitet werden (als Beispiel, aber nicht ausschließlich: Steuer-, Buchhaltungs- und Arbeitsberater, Fachfirmen, Beratungs- und Schulungsunternehmen, Lieferanten von Software und IT-Hilfsdiensten, öffentliche Verwaltungen und Justizbehörden für etwaige gesetzliche Anforderungen und Versicherungsgesellschaften zur Risikoabsicherung). Die aktualisierte Liste der externen Datenverarbeiter (die im Auftrag des für die Verarbeitung Verantwortlichen tätig sind) und der mit der Verarbeitung beauftragten Personen wird in den Büros der Beratungsstelle aufbewahrt.

Die Daten können in den Fällen und/oder unter den Bedingungen, die im nationalen und europäischen Recht vorgesehen sind, an andere mögliche Dritte weitergegeben werden, wenn die Weitergabe für den Rechtsschutz erforderlich ist, unter Beachtung der geltenden Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten.

Weitergabe von Daten

Der für die Verarbeitung Verantwortliche darf personenbezogene Daten nicht verbreiten, es sei denn, die Daten sind zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen erforderlich, indem er Daten, die für diesen Zweck nicht relevant sind, auslässt, ausschließt und/oder schwärzt.

Übermittlung außerhalb der EU

Die Daten werden innerhalb des Gebiets der Europäischen Union verarbeitet. Wenn der für die Verarbeitung Verantwortliche aus technisch-organisatorischen Gründen beabsichtigt, Dienste in Anspruch zu nehmen, die eine Übermittlung von Daten außerhalb der EU vorsehen, wird das Vorliegen der in den Verordnungen vorgeschriebenen Legitimationsbedingungen im Voraus überprüft.

Aufbewahrungsfristen für Daten

Die Daten werden für die Dauer der begründeten Beziehung und auch nach deren Beendigung verarbeitet und gespeichert bis

- zum Ablauf der gesetzlichen Fristen (mindestens 10 Jahre);
- nach der Beendigung für die Ausübung der Rechte, die sich aus dem Auftrag und/oder dem Vertrag ergeben;

Im Falle eines Rechtsstreits können die Daten für einen längeren Zeitraum verarbeitet und gespeichert werden.

Anschließend, wenn die Gründe für die Verarbeitung nicht mehr bestehen, werden die Daten gelöscht, vernichtet oder einfach anonymisiert, es sei denn, der für die Verarbeitung Verantwortliche ist verpflichtet, die Daten aufzubewahren, um einer gesetzlichen Bestimmung nachzukommen.

Automatisierte Verarbeitung oder Profiling

Personenbezogene Daten sind nicht Gegenstand einer automatisierten Entscheidungsfindung oder eines Profilings.

Rechte der betroffenen Personen und deren Ausübung

Die folgenden Rechte werden anerkannt (in den in den Artikeln 12 bis 21 der Datenschutz-Grundverordnung vorgesehenen Fällen)

- das Recht auf Auskunft über das Vorhandensein, die Aufbewahrungsfristen, den Zugang zu und die Kopie der Sie betreffenden Daten;
- die Berichtigung, Aktualisierung und Ergänzung der Daten zu verlangen;

- die Mitteilung der vom für die Verarbeitung Verantwortlichen gespeicherten personenbezogenen Daten oder die Übermittlung einer Kopie dieser Daten zu verlangen;
- die Übertragbarkeit der Daten zu beantragen, damit sie an Sie zurückgegeben oder an einen anderen für die Verarbeitung Verantwortlichen übermittelt werden können;
- die Löschung personenbezogener Daten zu verlangen, sofern der für die Datenverarbeitung Verantwortliche ein Recht auf Aufbewahrung derselben hat;
- gegen die Verarbeitungen, die er für nicht rechtmäßig hält, Widerspruch einzulegen oder eine Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.

Zur Ausübung der Rechte ist keine besondere Formalität erforderlich; der Antrag muss schriftlich an das E-Mail-Postfach info@aiedbz.it oder an die E-Mail-Adresse consultorioaiedbz@pec.it (diese Adresse ist so konfiguriert, dass sie NUR Mitteilungen von zertifizierten E-Mails erhält) der Beratungsstelle gerichtet werden oder durch Kontaktaufnahme mit dem Datenschutzbeauftragten (DSB).

Der für die Verarbeitung Verantwortliche ist verpflichtet, innerhalb von 1 Monat zu antworten, wobei diese Frist in komplexen Fällen auf 3 Monate verlängert werden kann;

Recht auf Beschwerde

Wenn Sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes verstößt, haben Sie das Recht, eine Beschwerde bei der Datenschutzbehörde (Garante della Privacy) (www.garanteprivacy.it) gemäß Artikel 77 der DSGVO einzureichen oder geeignete rechtliche Schritte gemäß Artikel 79 der DSGVO einzuleiten.

Offenlegung, Aktualisierung und laufende Nummer

Informationen über Berater, Lieferanten und Mitarbeiter - siehe Formular 1 - aktualisiert am 23.10.27 (jj.mm.tt) - Sequenznummer 1